

V0236/24

Vollausbau des Unterhaunstädter Weges von der Römerstraße bis zum "Am Au Graben" - Abstimmung der Ausbauvariante im Bereich der Seitenräume, Kostenmehrung und Zuschuss durch die Regierung von Oberbayern hier: Ergänzende Projektgenehmigung (Referent: Herr Hoffmann)

Antrag:

1. Für den Vollausbau des Unterhaunstädter Weges wird auf Basis der beigefügten Planung die ergänzende Projektgenehmigung für Variante 1, mit beidseitigen getrennten Geh- und Radwegen und Blindenleitsystem erteilt.
2. Wegen der Projektverschiebung um 2 Jahre und der Planergänzung erhöhen sich die ursprünglichen Projektkosten in Höhe von 2.000.000 € (Beschlussvorlage V1031/22) um 400.000 € auf 2.400.000 €. Es ist mit einem Zuschuss von ca. 447.000 € von der Regierung von Oberbayern zu rechnen. Die neuen Gesamtkosten werden genehmigt. Die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 400.000 € werden auf der Haushaltsstelle 631500.950000 (BuSt. 19 Ortsstraßen Ausbaumaßnahmen, Tiefbaumaßnahmen, Ortsstraßen insgesamt, Unterhaunstädter Weg) zum Haushalt 2025 angemeldet.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	11.07.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	16.07.2024	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 16.07.2024

Stadtrat Wittmann spricht sich für einen gemeinsamen Geh- und Radweg aus, da ein „Strich“ in der Mitte die Mehrkosten nicht rechtfertige, zumal es bei einer Trennung keine Förderung gebe. Zudem müsse man als Fahrradfahrer ohnehin immer aufpassen im Verkehrsgeschehen.

Herr Hoffmann erklärt, dass sich die Verwaltung trotz der höheren Kosten für die Variante eins ausspreche, da der BZA und auch der Fahrradbeirat diese für sinnvoller und vor allem sicherer gehalten hätten. Radfahrer würden sich bei einem gemeinsamen Geh- und Radweg meist weiter rechts bewegen, wodurch eine größere Gefahr bei der engen Vorbeifahrt an den Grundstückseinfahrten bestehe, da die Radfahrer von ausfahrenden Autos nicht so gut gesehen werden könnten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll spricht sich für eine Trennung der Wege aus, da die zunehmende Geschwindigkeit der Pedelecs eine Gefahr darstelle.

Auf Nachfrage von Stadtrat Stachel nach der baulichen Gestaltung eines getrennten Weges, antwortet Herr Hoffmann, dass die beiden Wege höhengleich seien, aber nicht nur durch eine Markierung, sondern durch eine abgesetzte Steinreihe oder dergleichen getrennt werden, welche theoretisch aber auch überfahren werden könne.

Stadtrat Stachel führt aus, dass er sich ganz klar für den gemeinsamen Weg ausspreche, nicht zuletzt deswegen, weil es in anderen Bereichen der Stadt auch funktioniere und er die befürchtete Unfallgefahr nur bedingt für einschlägig halte. Im Hinblick auf die Konsolidierung seien 500.000 Euro dafür nicht gerechtfertigt. Weiter gibt er zu bedenken, dass der getrennte Weg laut Planung an einigen Stellen ohnehin aufgelöst würde, da eine Trennung nicht umsetzbar sei. Ein weiterer Aspekt sei der überschaubare Fußgängerverkehr am Unterhaunstädter Weg, weshalb er dem Antrag nicht zustimmen werde.

Für Stadtrat Höbusch sei es eine Abwägung zwischen Kosten und sicherheitsrelevanten Themen. Aus persönlicher Erfahrung könne er berichten, dass er auf gemeinsamen Wegen bei Ausfahrten durchaus schon kritische Situationen erlebt habe. Er würde dem Fahrradbeirat folgend, die Gesundheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durchaus in den Vordergrund stellen. Zudem handle es sich um eine Nord-Süd-Verbindung, welche gut frequentiert sei. Seine Fraktion spreche sich aus den genannten Gründen für die Variante eins aus.

Auf Nachfrage von Stadträtin Peters erklärt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, dass der BZA einen getrennten Geh- und Radweg bevorzuge.

Stadtrat Wittmann ist der Meinung, dass auch ein getrennter Weg keine Garantie sei, dass Fahrradfahrer freie Fahrt hätten - es sei trotzdem immer Achtung und Vorsicht bei allen Verkehrsteilnehmern geboten. Hinsichtlich der Finanzen seien bereits Steuererhöhungen angedacht worden. Es sei für ihn nicht vermittelbar, dass vor diesem Hintergrund eine halbe Million Euro so unsinnig ausgegeben werde. Auch wenn der Fahrradbeirat anderer Meinung sei, müsse der Finanzausschuss den Haushalt im Blick haben.

Auf Nachfrage von Stadtrat Schäuble, warum nur der gemeinsame Weg von der Regierung von Oberbayern gefördert werde, nicht aber der getrennte, antwortet Herr Hoffmann, dass bei der Sanierung die Fahrbahn für die PKW die genormte Regelbreite habe. Diese werde deshalb in jedem Fall gefördert. Innerhalb der verbleibenden Seitenräumen bestehe dann noch eine gewisse Restbreite, von der der Radweg 1,60 Meter einnehme. Für den Gehweg bliebe nun nicht mehr die notwendige Fläche nach den einschlägigen Regelwerken übrig. Dementsprechend fördere die Regierung nur die gemeinsame Variante, da nicht ausreichend Platz für beide Wege - in förderfähiger Breite - vorhanden sei.

Stadtrat Schäuble möchte wissen, ob weitere Verhandlungen mit der Regierung möglich seien.

Herr Hoffmann entgegnet, dass es eventuell noch einen Weg außerhalb der Fachebene, über den Oberbürgermeister gebe.

Bürgermeister Dr. Deneke-Stoll befürworte einen Versuch zu erneuten Gesprächen, da sie die unterschiedliche Förderung nicht nachvollziehen könne.

Stadtrat Späth wolle Stadtrat Wittmann widersprechen. Zwar müssten die Autofahrer immer aufpassen, jedoch bestehe die Gefahr, dass die Radfahrer bei einem gemeinsamen Weg zu

weit nach rechts abdriften. Daher sei eine Trennung schon sinnvoll, auch wenn dafür viel Geld investiert werden müsse.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fragt nach dem zeitlichen Horizont für eine Entscheidung.

Herr Hoffmann führt dazu aus, dass eine weitere Verzögerung natürlich eine Kostensteigerung bedeuten könne. Zudem sei der Unterhaunstädter Weg in einem schlechten Zustand und dringend sanierungsbedürftig. Dies müsse schnellstens umgesetzt werden. Die Seitenstreifen dabei zurückzustellen wäre mit einer Teuerung der ganzen Maßnahme verbunden.

Stadtrat Achhammer teile die Sorgen eine Kostensteigerung bei einer weiteren Verzögerung, zumal sich das Projekt bereits von 2 Mio. auf 2,4 Mio. Euro verteuert habe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, die Entscheidung gleich im Sitzungslauf nach der Sommerpause herbeizuführen.

Stadtrat Stachel erläutert am Beispiel der Münchener Straße, dass sich die Leute oft nicht an eine Abgrenzung der Wege halten würden. Dafür könne man keine 500.000 Euro bezahlen. Außerdem sei der Radweg nicht breit genug, um zu überholen, wodurch auch Fahrradfahrer auf den Gehweg ausweichen müssten. Bezüglich des Fahrradbeirates sei er der Ansicht, dass dieser sicherlich seine Meinung äußern dürfe und die Gremien beraten könne, letzten Endes müsse aber der Stadtrat die Entscheidungen treffen und dabei die finanziellen Mittel berücksichtigen.

Herr Hoffmann plädiere dafür, heute zumindest über den Vollausbau abzustimmen, damit die Ingenieure beauftragt werden können. Die Variante eins oder zwei könne dann auch nach der Sommerpause noch beschlossen werden. Eine Steinreihe oder eine Markierung am Ende des Straßenbaus spielten keine allzu große Rolle. Daher wolle er den Antragstext folgendermaßen abändern: „Für den Vollausbau des Unterhaunstädter Wegs wird die ergänzende Projektgenehmigung erteilt. Über die Varianten wird eine erneute Verhandlungsrunde durchgeführt.“

Stadtrat Köstler erklärt abschließend die rechtliche Bedeutung der beiden Varianten. Bei einem gemeinsamen Geh- und Radweg müsste der Radfahrer warten, bis eventuell „blockierende“ Fußgänger den Weg frei machten. Daher sei zügiges Fahren dort nicht wirklich möglich.

Sodann wird über den geänderten Referentenantrag abgestimmt:

Mit allen Stimmen:

Für den Vollausbau des Unterhaunstädter Wegs wird die ergänzende Projektgenehmigung erteilt. Über die Varianten wird eine erneute Verhandlungsrunde durchgeführt.